

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: 12.— 18. Nov. 200 Milliarden M. Einzelne Nummern 35 Milliarden M. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574 Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140



Ankündigungspreise — Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen. (Grundpreis: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 100 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 200 M., unter Einfaß 300 M. Schlüsselzahl: 200000000). Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzug, Beziehungsstellen der Verwaltung der Staatsarchiven und der Landesbibliothek, Jahresbericht und Rechnungsbilanz der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 264

Dresden, Mittwoch, 14. November

1923

## Deutschnationale Katastrophenspolitik.

### Bruch mit Frankreich?

Berlin, 14. November.

Zur „Sozialdemokratische Parlamentsdebatte“

Mit dem Eintritt des früheren Oberbürgermeisters Dr. Jarres als Innenminister in das Kabinett des Reiches hat die deutsche Außenpolitik eine verhängnisvolle Wendung genommen, gegen die sich vor Wochen selbst Herr Stresemann als Reichskanzler im Reichstag wie in den Verhandlungen mit den Parteiführern und schließlich in den unter seinem Vorsitz abgehaltenen Kabinettsitzungen der großen Koalition geäußert hat. Noch bevor die Ernennung von Dr. Jarres zum Innenminister vollzogen war, haben wir wiederholt auf die außenpolitischen Gefahren hingewiesen, die sich aus seinem Eintritt in das bestehende Kabinett ergeben mußten. Schneller als angenommen werden konnte, haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet, und es scheint überhaupt, daß der neue Reichsinnenminister sein Amt nur unter der Voraussetzung einer vollkommenen Änderung in dem bisher auf Verständigung eingestellten Kurs der Außenpolitik angetreten hat. Denn bereits in seiner am Dienstag vor den Beamten des Innenministeriums gehaltenen Auftretensrede spielte er leichtfertig mit dem „vorübergehenden“ Verlust des Ruhrgebietes und versprach zum Trost für den geplanten Landesverrat auf die „verrinst“ wiederkehrende „Sonne“.

Eine Stunde später zeigte sich der bisherige Verständigungspolitiker Stresemann dem eiligst zusammenberufenen „Kriegsrat“ als Führer der beschlossenen Politik als getreuer Anhänger der von Jarres und den Deutschnationalen seit Wochen vertretenen, von ihm aber noch vor wenigen Tagen bekämpften Außenpolitik. Aber Nacht ist es sich also auch außenpolitisch unterworfen, nachdem er innenpolitisch bereits vor der deutschnationalen Straße kapituliert und so scheinbar gekniet hat, endgültig der Befähigungsnachweise zur Leitung einer Regierung des Bürgerblocks erbringen zu können. Jetzt soll die deutschnationale Katastrophenspolitik verwirklicht, und in der Praxis mit Frankreich „gedroschen“ werden. Es ist beabsichtigt, bis zum 15. oder 25. November alle für das Ruhrgebiet bisher noch geleisteten Unterstützungen, insbesondere die Beiträge an die Erwerbslosen und Sozialrentner, zu sperren und die Verantwortung für die Existenz der Armen unter dem Arme der französischen und belgischen Regierung als Befähigungsmächte zu überlassen.

Aus den am Dienstag erfolgten Erklärungen des neuen Reichsinnenministers vor seinen Beamten ergibt sich, daß die Befürworter der jetzt in Vorbereitung befindlichen Außenpolitik sich über die Folgewirkungen ihrer Maßnahmen vollkommen klar sind, denn Herr Jarres hat von einem vorübergehenden Verlust des Ruhrgebietes gesprochen. Es fällt uns schwer dementsprechend feststellen zu müssen, daß jetzt selber von amtlicher Seite Behauptungen in den besetzten Gebieten unterstützt werden, die von der Bevölkerung dieser Gebiete monatelang bekämpft, und deren Verwirklichung erst in den letzten Wochen unter großen Anstrengungen verhindert worden ist. Nun, wir erkennen keineswegs die sinnvolle Schwierigkeit, in denen sich das Reich heute befindet und wissen sehr wohl, daß die wahnsinnige Politik Polcaris hierzu ihr wesentliches Teil beigetragen hat. Dennoch sprechen wir der Regierung das Recht ab, jene jetzt beabsichtigte Politik zu treiben, weil wir der Auffassung sind, daß noch nicht alle finanziellen Kräfte zur Verfügung unserer Tage im unbesetzten Gebiete erschöpft wurden, und damit eine tatsächliche Berechnung zu den jetzt in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht gegeben ist. Wir müssen es ablehnen, dem Kabinettschritt Stresemann auf dem jetzt beschrittenen Wege zu folgen und einen Teil deutscher Staatsbürger mit unserer Zustimmung in die Hände derjenigen spielen zu lassen, gegen die sie bisher unter großen Opfern mit moralischen Mitteln bis aufs Äußerste gekämpft haben. Für vergangene und beabsichtigte Verschlimmerungen der Reichspolitik und für den Geist

des französischen Ministerpräsidenten bedrückte deutsche Volksgenossen büßen zu lassen und sie einem Gegner anzuliefern, gegen den zu kämpfen ihnen bisher als höchstes Ideal dargestellt wurde, ist die deutsche Sozialdemokratie nie und nimmer bereit, wie sie überhaupt niemals ihre Zustimmung zu einer Politik geben wird, die in der Praxis deutsches Land vorübergehend preisgibt, um es in späteren Tagen — mit anderen Mitteln — der Politik wiederzugewinnen.

Rechtlich ist die Regierung überhaupt nicht befugt, die auf den Bruch mit Frankreich hinauslaufenden Bestimmungen zu verwickeln. Sie besitzt bis heute nicht das Vertrauen des Reichstages und hat bis jetzt, aus guten Gründen, auch keine Ermächtigungen gemacht, es zu erwerben. Deshalb wird versucht, die für unser Volk und die Zukunft des Reiches weittragenden Entschlüsse auf die Meinung eines Ausschusses zu gründen, der keineswegs berufen ist und sein will, als Vertreter unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten zu gehen. Handelt die Regierung trotzdem und vollzieht sie praktisch den Bruch, dann macht sie sich einer Tat schuldig, über die unser Volk und die deutsche Geschichte später nur einer Auffassung sein werden, und die erst in diesen Tagen in Bayern ihre Vollenendung finden sollte.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der D.D.P. tagte am Dienstag- und nachmittags, um zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Er war einmütig der Auffassung, daß die passive Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern die größte Gefahr für die Reichseinheit heraufbeschwören müsse. In Anbetracht der verfassungswidrigen Zustände in Bayern müsse die Reichsregierung scharf zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten. Insbesondere müsse gefordert werden, daß Leben und Eigentum der bayerischen Staatsbürger gegen die gewalttätigen Übergriffe der Hitlerbanden geschützt würden. Alle bewaffneten Verbände müssten in Bayern zur Auflösung gebracht werden, sobald Waffen nur noch im Besitz der Reichswehr und Polizei wären. In Bayern müssten in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen werden. Insbesondere müsse die Freiheit der Presse wiederhergestellt werden. Von Reich wegen müsse ein Strafverfahren gegen Ludendorff, Hitler und Konjorten eingeleitet werden, die des Hochverrats gegen das Reich schuldig seien.

Der Vorstand nahm weiter von sächsischen und thüringischen Beschwerden gegen die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes Kenntnis und beauftragte die Fraktionsführer, eine Beschwerde gegen die Reichsregierung zu vertreiben, wie das in ähnlichen Fällen bereits geschah.

Der Fraktionsvorstand beriet ferner über die Vorgänge am Rhein und an der Ruhr. Er beauftragte die Fraktionsvorsitzenden, auf das schärfste Stellung zu nehmen gegen die von der Regierung schon in den nächsten Tagen beabsichtigte

Einstellung der Erwerbslosenelder und sozialen Unterstützungen. Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches müßten für die Bevölkerung im Rheinland und im Ruhrgebiet diese Unterstützungen ebenso lange gezahlt werden, als für irgend einen anderen Teil des Reiches. Ein gegenseitiges Vorgehen würde würde keine Hilfe der Bevölkerung geradezu dem Separatismus in die Arme. Die D.D.P. verlangt von der Regierung, daß sie die äußersten Anstrengungen macht, um das Reich in den Grenzen zu erhalten, die ihm nach dem verlorenen Kriege geblieben sind.

Der Fraktionsvorstand beauftragte seine Unterhändler, in der Parteiführerbesprechung, die am Dienstag von dem Reichskanzler abgehalten wurde und deshalb auf die nächsten Tage verschoben ist, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Ferner sprach der Fraktionsvorstand dem Reichstagspräsidenten den Wunsch aus, daß er in den nächsten Tagen den Reichsausschuß zusammenberufen möge, damit dieser zu der Einberufung des Reichstags Stellung nehmen kann. Der Fraktionsvorstand ist der Auffassung, daß die Reichsregierung nicht das Recht hat, das Parlament in Fragen, die für das Leben der deutschen Nation von entscheidender Bedeutung sind, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der Reichstagspräsident hat den Reichsausschuß zum Freitag einberufen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstags für Dienstag der kommenden Woche beabsichtigt.

## Der bayerische Ausnahmezustand bleibt fortbestehen.

### Nach Diktator.

#### Der seltsame Zirkel erhebt auf.

München, 13. November.

In einer offiziellen Verlautbarung fordert die bayerische Regierung die gesamte Bevölkerung auf, in der Verwirrung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der staatlichen Ordnung und in der Rettung des nationalen Gedankens zu unterstützen. Außerdem beschloß der Ministerrat, daß, obgleich die Reichsregierung die vollständige und militärische Gewalt in die Hände des Generals von Seekt gelegt habe, auf Grund der besonderen Verhältnisse in Bayern

### der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbestehen

und die gesamte bayerische Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleiben soll. Das ist die Hand des Generalstaatskommissars v. Seekt. Seine Autorität als Diktator stellt sich also wieder aus dem Volke selbst; denn nach den Versicherungen gegenüber den erregten Nationalisten, es handle sich bei ihnen nur um eine Verteidigung des Weges und nicht etwa der Ziele, bleiben offensichtlich nicht ohne Wirkung. In dieser Beziehung hat auch das Verhalten Ehrhardts beigetragen, der durch sein persönliches Eingreifen die Stimmung gegen Seekt gedämpft hat, offenbar aus einer Art Dankgefühl heraus, nachdem Seekt in der bekannten Führerrede vom 6. November zugelegt hat, die Forderungen Ehrhardts nach Bezahlung der Löhnungsgelder der von ihm in Nordbayern zusammenberufenen Mannschaften zu erfüllen. Ehrhardt will es aber auch mit den ganz radikalen Hitler-Anhängern nicht verderben. Darum läßt er heute erklären, daß seine Brigade nach ihrem Abziehen aus dem Koburgischen keineswegs an der Niederschlagung der Nationalsozialisten teilgenommen, sondern, im Gegenteil, sich ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen Hitler bei Nacht eingestellt und beweihielt habe, daß nach dem ersten unglücklichen Zusammenstoß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Aus dem Verhalten Ehrhardts muß man den Schluß ziehen, daß er beabsichtigt,

### die führende Rolle im Kampf um die nationale Diktatur

in Deutschland zu übernehmen.

Auch die Vaterländischen Bezirkevereine München haben ihre Einstellung gegen Seekt geändert. Dafür richten sie nun ihre ganze Wut gegen die bayerische Regierung selbst, weil Ministerpräsident Witt in deren Namen bekanntlich eine Kundgebung herausgegeben hat, in der von dem Zweiten Ludendorff die Rede war. In dieser Kundgebung der Stammeigenschaft Ludendorff sehen die Verbände „eine Spekulation auf gewisse separatistische Stimmungungen, wie sie Schmolzer und Gemeiner nicht gemacht werden kann. Gegenüber dieser von der bayerischen Regierung zum Ausdruck gebrachten Meinung gibt es nur das Gefühl tiefer Verachtung, gel. Mühner“. An der Spitze derjenigen, die Ludendorff von der alten Teilmahme an Hitlerreich reinwaschen wollen, stehen die „Münchener Neuen Nachrichten“, die diesen Gehäss durch ihren Korrespondenten und ehemaligen Admiral Soellerichum bekräftigen lassen, der ein persönlicher Freund von Ludendorff ist. Diese Mühnerworte geht selbstverständlich auf Kosten Hitlers, wofür den „Münchener Neuen Nachrichten“ bereits einige Fenster eingeschlagen worden sind. Das Generalkommissariat läßt heute erklären, daß Ludendorff und Hitler in der Nacht vom 11. zum 12. durch einen Oberst von der Reichswehr offiziell in Kenntnis davon gesetzt wurden, daß

### Nach-Losow-Schiff nicht hinter ihnen rüden

und daß die 7. Division nötigenfalls mit Gewalt die Ordnung wiederherstellen würde. Sie sollten also von ihrem Tun ablassen, weil sie sonst unfehlbar einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht herbeiführen. Zur Schuldfrage Hitlers veröffentlicht übrigens am Dienstag Soellerichum einen ihm am 1. November von Tirpitz zugegangenen interessanten Brief, in dem es heißt: Ich beschwöre Sie, alles zu tun, was in Ihrer Macht steht, um eine gewalttätige Aktion der Kampfverbände zu verhindern, denn man darf dem Gesundungsprozeß nicht mit Gewalt vorgehen. Auch Preußen ist auf dem besten Wege, das

### Joch des Marxismus abzubrechen.

Die Weimarer Verfassung ist auf dem besten Wege, in föderalistischem Sinne geändert zu werden. Will man es zu einem Zusammenbruch mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter General Seekt steht, kommen lassen, so ist die Wirkung katastrophal und alles verloren.

Man darf der natürlichen Entwicklung nicht vorgreifen.

Ludendorff läßt übrigens erklären, daß er sich freiwillig in Schachhaft ergeben wird, da man die ihm gegebene Zusicherung seiner Bewegungsfreiheit nicht eingehalten hätte. Es handelt sich dabei um die Sperrung seines Telefons und um das Verbot, an der Bearbeitung der Hitler-Letter teilzunehmen. Diesen Entschluß hat Ludendorff bereits am Montag seinen Getreuen mitgeteilt, sich aber bis zur Stunde den Behörden noch nicht zur Verfügung gestellt.

Zus bekanntwerden der Verhaftung Hitlers hat in München keine besonderen Wirkungen ausgelöst. Da Hitler nicht mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurde, kommt er nicht vor das Landgericht, sondern wird, nach Mitteilung an zuständige Stelle, dem Volksgerecht überwiegen. Die Landgerichte haben ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen; sie sind bisher überhaupt nicht zusammengetreten, da alle Personen, gegen die bis jetzt ein Verfahren geführt wird, nicht unter das Landgericht fallen.

Oberleutnant Riebel, der militärische Führer der Kampfverbände, ist sichtlich. Die Vertreter dieser Verbände hatten am Montag eine Besprechung mit dem Generalkommissar, wobei sie angeklagt die unbedingte Notwendigkeit betonten, daß Herr v. Seekt die volle, durch keinerlei Bedingungen gekümmerte vollständige Staatsgewalt annehme. Eine andere Information will allerdings wissen, daß die Kampfverbände Herrn v. Seekt zum Eintritt aufgefordert hätten.

### Kampf im eigenen Lager.

Herr v. Graefe über seinen Freund Seekt. Berlin, 13. November. Um der Wahrheit über die Münchener Vorgänge eine Gasse zu bahnen, haben sich die Nationalen in Berlin verpflichtet, durch selber Streiftreter eine Sonderausgabe des Wälschen „Deutschen Tagesblattes“ herauszugeben. Herr v. Graefe-Goldbeck, einer aus dem völkischen Dreimännerkollegium im Reichstag, mußte den völkischen Jüngern im Norden des Reiches den Star stellen über die Vorgänge in München, wie sie durch Hitlers und nicht durch Hitlers Heile gesehen sein sollen. Graefe ist unmittelbar, nachdem am Donnerstag der Beschluß zum Loslösen in München gefaßt war, nach dort